

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	19
1. Kapitel: Zur Stoffgleichheit beim Betrug	21
A. Allgemeines	21
B. Der Begriff der Stoffgleichheit im Schrifttum und in der Rechtsprechung	22
I. Die Stoffgleichheit im Schrifttum	22
1. Substanzgleichheit oder „Identitätstheorie“ bei Merkel und Binding	22
2. Stoffgleichheit als „Wertverschiebung“ bei der wirtschaftlichen Vermögenslehre	24
3. Die „Kehrseiten“- und die Entsprechungsformel	25
4. Das Unmittelbarkeitsprinzip	26
5. Die Formulierung Mohrbotters: Die Stoffgleichheit als unmittelbare Bereicherung auf Kosten des Opfers	29
6. Die Ansicht Weidemanns: Die Bereicherung als qualifizierendes Merkmal der Rechtsgutsverletzung	30
7. Die Ansicht Wolfs': Die Stoffgleichheit als Zurechnung	31
II. Der Begriff der Stoffgleichheit in der Rechtsprechung	33
C. Stellungnahme zum Begriff der Stoffgleichheit	35
I. Der Betrug als Vermögensverschiebungsdelikt	35
1. Die historische Entwicklung des Betrugstatbestandes	36
2. Der Charakter des Betrages als Vermögensverschiebungsdelikt nach einer dogmatischen Auslegung	38
a) Der Betrug als kuptiertes Erfolgsdelikt	39
b) Die Transportfunktion der Vermögensverfügung des Opfers	41
c) Die Rechtswidrigkeit des erstrebten Vermögensvorteils	42
3. Zwischenergebnis	44
	7

II. Auswirkungen der Betrachtung des Betruges als Vermögensverschiebungsdelikt	44
1. Stoffgleichheit als Verhältnis zwischen dem Verfügungsgegenstand und dem erstrebten Vorteil	44
2. Begriff des Vermögensvorteils nach einem funktionalen Ansatz	46
3. Stoffgleichheit als Bereicherung auf Kosten des Opfers	47
4. Exkurs zum Vermögensbegriff	50
5. Zwischenergebnis	51
D. Fallkonstellationen	51
I. Externe Vorteile	52
1. Belohnung durch Dritten	52
2. Provisionsvertreterbetrug	52
3. Vermittlung eines Drittvermögens	54
4. Kursmanipulationen	55
5. Andere Fälle von externen Vorteilen	55
II. Mittelbare Schäden und Folgeschäden	56
III. Stoffgleichheit und individuelle Schadensbestimmung	56
1. Individuelle Schadensermittlung bei gegenseitigen Geschäften	57
2. Zweckverfehlungslehre	59
IV. Forderungsbetrug	59
V. Exspektanzen	61
VI. Betrügerische Telefonanrufe	62
VII. Fernsehgewinnspiele	64
VIII. Sportbetrug (Doping-Fälle)	65
2. Kapitel: Begriff und Umfang der Bereicherungsabsicht beim Betrugstatbestand	67
A. Der Absichtsbegriff im BT des StGB	67
I. Allgemeines zum Absichtsbegriff im Gesetz	67
II. Vorschläge in der Literatur zur Systematisierung des Absichtsbegriffes im StGB	68
1. Lenckner	69
2. Lampe	70
3. Jakobs	71
4. Gehrig	72
5. Rengier	74

6. Samson	75
7. Roxin	75
8. Puppe	76
9. Stratenwerth/Kuhlen	77
III. Stellungnahme – Konsequenzen für den Betrugstatbestand	78
1. Das rechtsgutorientierte Auslegungskriterium und der Wortlaut des Gesetzes	78
2. Auslegung des Absichtsbegriffes beim Betrug	91
B. Absicht und Motiv (Beweggrund)	93
C. Zum Problem der Unterscheidung von Zwischenzielen und Nebenfolgen	98
I. Die Behandlung des Problems in der Rechtsprechung	100
1. RGSt 27, 217 („Brausteuerverfall“)	100
2. KG NJW 1957, 882 („Reisekostenfall“)	101
3. BGHSt 16, 1 („Sechserkarte-Fall“)	102
4. OLG Köln JR 1970, 468 („Tierarztfall“)	105
5. OLG Köln NJW 1987, 2095 („Entführungsfall“)	106
6. Warenbestellung unter falschem Namen	107
a) BayObLG JR 1972, 344	107
b) LG Kiel NSTz 2008, 219	108
7. Kritische Würdigung der „Erwünschtheit“-Formel der Rechtsprechung	109
II. Der Verzicht auf die Unterscheidung von Zwischenzielen und Nebenfolgen. Die Ansicht Rengiers	113
1. Die These Rengiers	113
2. Kritische Würdigung von Rengiers Ansicht	116
III. Die herkömmlichen Formeln in der Literatur zur Unterscheidung von Zwischenzielen und Nebenfolgen	118
1. Kausale Ansätze	119
a) Die Ansicht Gehrigs	119
b) Die Formel Gundlachs	119
2. Maurachs Formulierung	120
3. Der Ansatz Jakobs'	122
IV. Stellungnahme: Eine Differenzierung auf einer handlungsphilosophischen Basis	123
1. Zwischenziele und der praktische Syllogismus	123
2. Ein handlungstheoretisches Abgrenzungskriterium	130
3. Praktische Anwendung der gewonnenen Formel	144

Inhaltsverzeichnis

D. Das Problem der bedingten Bereicherungsabsicht – Der Maklerfall	148
E. Bereicherungsabsicht und Beteiligung	150
III. Kapitel: Zur Rechtswidrigkeit des erstrebten Vorteils	155
A. Allgemeines	155
B. Die systematische Einstufung der Rechtswidrigkeit	155
I. Einsätze in der Literatur	155
II. Stellungnahme	161
C. Voraussetzungen des Anspruches auf den Vorteil	165
D. Vorsatz hinsichtlich der Rechtswidrigkeit	169
E. Die Rechtswidrigkeit der Bereicherung im Rahmen verbotener und sittenwidriger Geschäfte	171
I. Strafrechtlich verbotene Geschäfte	171
II. Sittenwidrige Geschäfte	179
F. Irrtumsprobleme bezüglich der Rechtswidrigkeit	181
I. Irrtumskonstellationen	181
1. Tatbestandsirrtum i.S.d. § 16 StGB	181
2. Verbotsirrtum i.S.d. § 17 StGB	182
3. Umgekehrter Tatbestandsirrtum	183
II. Verkennung eines tatsächlich vorliegenden Anspruches auf den Vorteil	183
1. Abgrenzungskriterien in der Literatur	184
a) Herzbergs Lehre des Irrtums im „strafrechtlichen Vorfeld“	184
b) Die Wahndeliktslösung Burkhardts	185
c) Roxins vermittelnde Ansicht	188
d) Die Versuchslösung von Puppe und Neumann	190
2. Normative Tatbestandsmerkmale als institutionelle Tatsachen	190
a) Searles Begriff der institutionellen Tatsachen und die Irrtumslehre	190
b) Der Umkehrschluss nach Puppe	193
c) Anwendung auf das Merkmal „rechtswidrig“ beim Betrugstatbestand	196

Inhaltsverzeichnis

Ergebnisse und Zusammenfassung in der Form von Thesen	198
Literaturverzeichnis	201